

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
33 (1919)

193 (20.8.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-41082](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-41082)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einl. Fr. 2.10 Mark, bei Abholen von der Expedition 1.80 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 6.30 Mark, monatlich 2.10 Mark ausl. Bestellgeld.

Republik

Bei den Inseraten wird die einpreisigste Kleinzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen-Willmschaden und Umgegend, sowie der Filiale, mit 40 Pf. berechnet, für unwichtige Inserenten 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamazeile 2 Mark. Plabooberflächen unermittelt.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rühringen, Mittwoch, den 20. August 1919

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 1068

Heinrich Ströbel redet ihnen ins Gewissen!

Die Partei der „Unabhängigen“ befindet sich in einer wenig beneidenswerten Lage. Volk von Unklarheiten in den wichtigsten politischen Gegenwartsfragen wird sie mehr und mehr ins Lager der Kommunisten gezogen. Vergleichen wir Männer wie Kaustky, Dr. Herz, Rehrste u. a. vor dem schiefen Weg, den die Partei befolgt. In der Berliner Weltbühne hat einer ihrer besten, Heinrich Ströbel, seinen Reden wieder einmal die Seiten. In zwei Aufsätzen: „Katholikentum und Sozialismus“ und „Heinrich Ströbel, der frühere langjährige Leiter des Vorwärts“.

Das obige Schlagwort von dem Rätesystem und der proletarischen Diktatur reicht nicht aus. Die Anhänger der unabhängigen Führer behlen selbst gar nicht, daß das russische System, das selbst den primitivsten Zuständen der Sowjetrepublik gegenüber verfaßt, für deutsche Verhältnisse nicht paßt. Sie wissen, daß eine radikale Sozialisierung, eine „Vollsozialisierung“, weder heute noch übers Jahr möglich ist. Sie wissen nicht minder, daß die Sozialisierung auf anderen Gebieten eben nur den Charakter der Vertikalisierung und Komunalisierung tragen kann, wie unter Eisenbahnen ja schon längst, die Berliner Straßenbahn wenigstens letzter Tage in Gemeinbesitz übergegangen ist. Und neben diesen staatlichen Betrieben werden auf Jahre hinaus die Privatbetriebe bestehen bleiben müssen. Gift das schon von der Industrie, so erst nach dem Landwirt, vom Handel, von der Landwirtschaft. Die Bauern kann man nicht im Kondominium sozialisieren, und auch der Großgrundbesitz wird sich erst allmählich gesellschaftlich bewirtschaften lassen. Stehen wir aber solchen wirtschaftlichen Notwendigkeiten gegenüber, so ist auch das Rätesystem nicht die schlechthin geeignete Repräsentation und Verwaltungsform.

Die intelligenteren und gewissenhafteren Führer der Unabhängigen begreifen das so gut wie wir. Sie wollen auch keineswegs eine flüchtige Nachahmung des russischen Rätesystems. Aber diese private Einsicht genügt nicht; es ist höchste Zeit, sich auf öffentlich dazu zu bekennen, in die der primitivsten Aufstellung ihrer Anhänger. Wenn die unabhängigen Führer sich einbilden, sie könnten ruhig abwarten bis die Regierungsgewalt ihnen eines Tages in den Schoß falle, und sich dann erst mit ihren Anhängern über das politische und soziale Programm verständigen. Schon stehen wir allzu tief in der Wirtschaftskatastrophe, als daß man sich dann noch unangenehmer Experimente ergeben dürfte. Zudem könnten dann die Führer leicht erleben, daß die Massen, wenn man nicht jedem ihrer Wünsche und Illusionen zu Willen ist, über sie einfach zur Tagesordnung übergingen. ... Daß sich der Durchsichtproletariat die Aufhebung der Klassenunterschiede weit einfacher vorstellt, als die ökonomischen Bedingungen das zulassen, ist verständlich. ... Aber aus dem Chaos reißt nur eine Regierung, die es schafft, meint mit der Demokratie und sich wieder auf den militärischen Kopf der Komunisten zu setzen.

Es ist allerhöchste Zeit, daß die Leiter der U. S. P. D. dem Massenergo entgegenreten, das kapitalistische System sei so hoffnungslos zusammengebrochen, daß jeder Versuch des Wiederanhaltens verlorene Liebesmüh sei, und sofortige radikale Abtragung und sozialistischer Neuaufbau durch das Rätesystem die einzige Rettung. Diesen pseudo-radikalen Unsinn verurteilt man nicht nur auf der Straße und in Versammlungen, man liest ihn auch häufig genug in der unabhängigen Presse. Von dieser großartigen Blunder oder fahrlässigen gedanklosen Agitationsphrasen ist es dann leider nur ein Augenblick bis zu der konfusigen Vorstellung, daß die heutige Wirtschaft mit allen Mitteln fastfort zu werden müsse, damit der Sozialismus nicht neue Lebenskraft gewinne und sich allen Sozialisierungsversuchen entziele. Gerade diejenigen Führer der Unabhängigen, die etwas von Volkswirtschaft verstehen, rufen weit ab von solcher Unvernunft. So Rudolf Hilferding auf dem Generalkongress. In seinem vor dieser Kongresshaft gehaltenen Vortrag über Sozialisierung sprach er mit Nachdruck von der organischen Entwicklung des Wirtschaftslebens zu sozialistischen Formen, verwahrt er entgegen die ökonomische Katastrophentheorie. Nicht einen Augenblick dürfte die gewaltige Wirtschaftsmaschinerie in Stoden geraten, weil jede Unterbrechung über Millionen von Arbeitslosen, Hunger und Elend verhängte. Und dagegen wandle sich die Wirtschaft von der Sozialisierung eine fortschreitende materielle Verbesserung zu erwarten, überaus die sozialistische Umwälzung nur als eine Wesler- und Oberfrage zu betrachten.

Diese Ausführungen denken ich völlig mit den Wünschen Kaustky's, dessen überlegene Klarheit man in der Presse der Unabhängigen allzuoft vermisst. Selbst in der Freiheit vermag sich die Einsicht nicht durchzusetzen, so daß der Vorwärts leider nicht unrecht hat, wenn er den Unabhängigen vor-

wirft, zwischen der Theorie ihrer besten Köpfe und ihrer Agitationsmanier klaffe ein bedauerlicher Widerspruch. Dieser Widerspruch muß verschwinden, will die U. S. P. D. das Vertrauen des Gesamtproletariats gewinnen und die Fähigkeit, das Staatsrecht mit fester Hand zwischen Spalla und Garbis, zwischen Reaktion und Volkswirtschaft hindurchzuführen. Auch ihre Tagesagitation unter den breiten Massen muß geordnet nach der Erkenntnis ihrer klaren Köpfe eingestellt sein. Zwei geht die Geschichte wie beim Friedensschluß, wo wir die Folgen der Selbstauslöschung zu voraussehen, auch bei der Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Reaktion über sie zur Tagesordnung über.

Einen inneren Widerspruch hat vor allem die U. S. P. D. zu überwinden: wenn sie die ökonomische Katastrophentheorie vertritt, warum flammert sie sich da, ihren kommunistischen Nachbarn zuliebe, an die dogmatische Formel von der Diktatur des Proletariats? Wenn die Sozialisierung nur eine allmähliche, kufenförmige sein kann, warum sollen da Demokratie und Parlamentarismus nicht zur Durchführung dieser progressiven Entwicklung ausreichen? Sollte man nicht vielmehr folgern: ununterbrochen, mit peinlichster Sorgfalt zu regelnder Prozedur muß, ist auch die Demokratie die ihm einziger entsprechende Form? Denn nur das gleiche Wahlrecht gewährleistet das Höchstmaß der gesellschaftlichen Kontrolle und des allseitigen Arbeitseifers, die für die Kontinuität und die produktive Ertragskraft dieses Prozesses notwendig sind. Der Aufbau des Sozialismus hängt nicht nur von der Arbeitsehrlichkeit der Arbeiter, sondern auch von der der Betriebsleiter, ja von dem guten Willen aller Gesellschaftsmitglieder. Die einseitig proletarische Diktatur, die Wahlentziehung der Unternehmer oder reigen die bürgerlichen Schichten zur Sabotage an, wie das russische Beispiel hinlänglich bewiesen hat.

Köme wirklich die proletarische Diktatur, so würde sie sich über die Straße und Hilferding nicht nur, sondern wahrscheinlich auch über die Rüstung und Richard Müller hinweg und mit Elementarvergewaltigung kommunistische Strömung.

In die Stelle der organischen Sozialisierung träte dann der überstürzt dilettantische Versuch der „Vollsozialisierung“ mit seinen unauflösblichen Folgen von Wirtschaftszerrüttung und Massenelend. Der Diktatur entzöge dann der Terror, der Bürgerkrieg, die unabsehbare Kulturverwüstung.

Soweit Ströbel, der seine Freunde kennen muß. Wird man seinen Warnungen folgen? Wir glauben es nicht. Dafür werden schon die Kommunisten sorgen! Die Arbeitsehrlichkeit aber sollte aus diesen Zeichen der Zeit lernen und nochmal lernen!

Wahlen in Lübeck.

In der zu Oldenburg gehörenden Provinz Lübeck fanden am Sonntag die Wahlen zum Landesauschuss statt. Das Ergebnis ist folgendes: Es wurden abgegeben für die Deutschnationalen 4509 Stimmen, für die Deutsche Volkspartei 648, für die Demokraten 3391, für die Mehrheitssozialisten 6802 und für die Unabhängigen Sozialisten 654 Stimmen. An Sitzen erhalten demnach die Deutschnationalen 8, die Deutsche Volkspartei 0, die Demokraten 6, die Sozialdemokraten 11 und die „Unabhängigen“ 1.

Kämpfe in Oberschlesien.

Im Ratowitzer Bezirk kam es am Montag zu längeren Kämpfen zwischen der deutschen Wehrmacht und der polnischen Aufständigen. Die deutschen Truppen vertrieben tapfer die Feinde gegen das aus Polen einwandernde polnische Militär. Tote und Verwundete auf beiden Seiten blieben nicht aus. Das Bestreben der Polen geht dahin, den Abstimmungsresultat zu unterlaufen und den Rat der Alliierten vor eine fertige Tatsache zu stellen. Daher der Ruf, der vorgehen sich bereits bemerkbar machte und gestern zu offenem Kampf führte.

In Myslowitz ist es am Sonnabend zu einer blutigen Schieberei gekommen. 2000 Verletzte der Myslowitzer Grube waren zum Empfang der Röhre versammelt. Die Grubenverwaltung verlangte, daß je 30 Mann den Lohn in Empfang nehmen sollten. Darauf leisteten die Verletzte das Verwaltungsverbot. Als eine Militärabteilung die Ordnung wieder herzustellen suchte, fiel ein Schuß auf das Militär und verwundete einen Soldaten. Nach zweimaliger Aufforderung, aus einanderzugehen, gab das Militär Feuer und tötete 4 Personen. Zwei der Verwundeten sind später noch gestorben.

Die Vorgänge in Chemnitz.

Unsere Genossen in Chemnitz haben jetzt in einem Flugblatt die wahren Ursachen der blutigen Krawalle in Chemnitz enthüllt. Danach stellt sich heraus, daß die Kommunisten systematisch vor dem Zusammenstoß die Arbeiterfront aufgespalten und die Straße geheizt haben. Es steht also auch bei diesen Krawallen die Urheberhaft der Kommunisten fest. Das möge sich insbesondere die T. A. merken, die vor einigen Tagen behauptet hat, die Krawalle wären absichtlich auf künstlicher Weise durch die Reaktion herbeigeführt worden, um an der Arbeiterfront einen Bruch vorzunehmen. Wirklich teilte sie ihren Lesern endlich auch mit, daß nicht, wie sie fernerzeit schrieb, 50 Tote zu beklagen wären, sondern 29. Gemäß dem 29. Todesopfer sind ein Kammer, aber ein agitatorisch wirken sie nicht so stark, als die andere Ziffer.

Alldeutsche Geldgeber der Kommunisten.

Die Soz. Korrespondenz schreibt: Die fränkische Tagespost, unser Nürnberger Parteiblatt, veröffentlicht eine Anzahl von Dokumenten, die wieder einmal den Beweis dafür erbringen, daß die Kommunisten nicht nur durch ihre Krawalle allen Feinden der Republik in die Hände arbeiten, sondern auch direkt von diesen gefeiert sind. In Nürnberg besteht ein deutschfränkischer Bund, dessen Hauptmotive ein ausgedehnter reaktionärer General und ein Nürnberger Großkaufmann sind. Die führenden Mitglieder des deutschfränkischen Bundes haben sich nun mit den Nürnberger Kommunistenführern Schmidt, Kleinlein und Konath in einer Wirtschaft in der Steinbühler Straße getroffen, und dort mit ihnen die Gründung einer einseitig kommunistischen Zeitung „Der freie Arbeiter“ beschlossen. Das dazu nötige Geld weisen die Deutschfränkischen durch Schein an, Kleinlein konnte es aber nicht mehr abgeben, weil er am 28. April auf Veranlassung des Generalkommandos wegen Hochverrats verhaftet wurde.

Die Kommunisten haben in einer ganzen Anzahl von Fällen von Behörden und Kapitalisten Geld angefordert. In anderen Fällen haben Großunternehmer ihnen Geld aus Angst gegeben, in der Hoffnung, nach dem Sturz der Kommunisten dann besser nutzbar kommen. Hier aber handelt es sich um ein präsumptives politisches Zusammenwirken der Reaktionäre und der Arbeiterrevolutionäre zu gemeinsamen Kampf gegen die Republik und die Demokratie. Auch daran hat man jetzt langsam nachgedacht, und sich das gesamte Reichsamtliche Amt in Chemnitz, aber hier hat man einmal die beteiligten Personen feststellen lassen, aber hier hat man einmal die beteiligten Personen feststellen lassen. Die Beweisanzeige von r. o. s. und links denken nicht nur ähnlich, sondern sie haben hier auch gemeinsame Kasse geführt.

Wettungarn für Deutsch-Oesterreich.

291 deutsche Gemeinden Wettungarn haben sich am 18. August ihren Anschluß an Steiermark erklärt und der ungarischen Regierung, der deutsch-österreichischen Regierung und den Entente-Kommissionen davon Mitteilung gemacht mit der Anforderung, daß sie einen Versuch, diesen unangenehmen Willen zu durchkreuzen, mit den verwerflichsten Mitteln abwenden würden, und mit der Aufforderung an den Verweser Ungarns, Gedeon von Jole, aus dem in Frage komme über Gebiet sofort familiäre Anordnungen erlassen zurückzugeben. Die deutsch-österreichische Regierung ist aufgefordert worden, den Anschließungsplan im Lande sofort zu unternehmen.

So freilich die Wünsche der Deutschen in Wettungarn die Zustimmung der Alliierten finden werden, ist zweifelhaft.

Der Reichskommisnar über die Kriegsgefangenen.

Der Reichsverband Groß-Deutscher der sozialdemokratischen Partei veranlaßte eine Protestkundgebung gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen. Das Hauptverlangen hat der Reichskommisnar für Kriegs- und Zivilgefangene, der Abgeordnete Stüdtgen, der die Gelegenheit benutzte, um die Angriffe gegen die Regierung in Bezug auf die Kriegsgefangenenfrage zurückzuweisen.

Schäfers hob einleitend hervor, daß lediglich Frankreich für die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen verantwortlich zu machen sei. Die Engländer waren bereits vor längerer Zeit bereit, die Gefangenen zu entlassen, mußten diese nicht aber infolge des Widerstandes der Franzosen annehmen. Die Nachfragen über die Lage der Gefangenen in Frankreich hätten ziemlich schlecht. Die sozialdemokratische Partei beabsichtigt, in den nächsten Tagen durch die Umberatung von mehreren hundert Volksversammlungen in allen Teilen des Reiches eine gewaltige Volkserhebung herbeizuführen, um so den französischen Genossen ihrer Regierung gegenüber den Willen zu zeigen. Die Regierung hofft, daß das französische Parlament spätestens Anfang September den Friedensvertrag ratifizieren werde, so daß man dann in etwa drei bis vier Wochen endlich die ersten Kriegsgefangenen hier haben könnte. Als die Regierung kürzlich durch die Schweiz, als unsere Schutzmacht, einige hunderttausend Mann nach Frankreich für die Kriegsgefangenen schicken wollte, waren es einige Wochen, bis die Schweizer Gefangenschaft die Veranlassung zur Grenzschließung. In dem gefährlichen Gebiet Nordfrankreichs wurden 200 000 deutsche Kriegsgefangene entlassen, deren Lage jetzt von der Schweiz kontrolliert werden darf, nachdem die größten Rüststände beseitigt worden seien.

Am relativ besten gehe es an 600 deutschen Kriegsgefangenen in Italien. Es ist der Regierung einmündig von zufriedener Seite mitgeteilt worden, daß die italienische Bevölkerung die Schweizer Kriegsgefangenen mit Hochgeboten überhäufelt. Der Reichskommisnar hofft, daß diese deutschfränkische Stimmung die Brücke wird für die Verständigung des beiden Nationen. Schlichter geht es den deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien. Die Regierung habe unter die Kriegsgefangenen durch Vermittlung

